

## Erneuter Regierungswechsel in Moldau

Am 12. November wurde die Regierung von Maia Sandu vorzeitig durch ein Misstrauensvotum entlassen. Hintergrund war eine Regierungsentscheidung, durch welche die Premierministerin die Vorauswahl der Kandidaten für den Posten des Generalstaatsanwalts an sich gezogen hätte. Für ihren Koalitionspartner, die Sozialistische Partei, die seit längerem auf eine Regierungsumbildung pochte, war dies untragbar. Zwei Tage später wurde ein neues Kabinett mit Unterstützung der geschwächten, aber immer noch gut vertretenen Demokratischen Partei ernannt. Westliche Partner äußerten sich besorgt und betonten abermals die Notwendigkeit zur Korruptionsbekämpfung. Gleichzeitig sagten sie jedoch zu, die Zusammenarbeit auf Basis von Konditionalität und der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit fortzusetzen.

### Die unerwartete Koalition – so knapp wie nötig

Im Juni bildeten der pro-westliche ACUM-Block und die pro-russische Sozialistische Partei eine Koalition, um Vladimir Plahotniuc zu entmachten. Die Koalition wurde von der Bevölkerung mit Wohlwollen begrüßt. Diese ungewöhnliche Verbindung ergab sich durch die damaligen Umstände, weshalb Spannungen nicht lange auf sich warten ließen.

Als die größten Herausforderungen überwunden waren, begannen die Sozialisten und ihr informeller Führer, Präsident Igor Dodon, die Regierung zu kritisieren und eine Kabinettsumbildung zu fordern. Unabhängig von den Errungenschaften der Minister, an die sich die Kritik des Präsidenten richtete, war die Forderung der Sozialisten zumindest aus der Sicht des Wahlergebnisses vernünftig. Sie hatten mehr Sitze im Parlament als ihr Koalitionspartner, erhielten aber nur zwei von elf Regierungsposten. Dieses Arrangement mag auf dem Höhepunkt der Krise akzeptabel gewesen sein – nicht aber als Dauerzustand. Maia Sandu wollte hingegen nichts von Änderungen in ihrem Kabinett hören. Beide Seiten warfen sich daraufhin gegenseitig Inkompetenz und die Verfolgung von Partikularinteressen vor.

Fünf Monate erwiesen sich als zu kurz für spektakuläre Erfolge. Dennoch gelang es der Regierung von Maia Sandu, zumindest ein Monopol zu brechen – das der Metallexporte. Ihre wichtigste Errungenschaft war es jedoch, das Vertrauen der Entwicklungspartner zurückzugewinnen, was dem Land erhebliche zusätzliche Mittel bescherte: Über 60 Mio. EUR an Zuschüssen und ca. 45 Mio. EUR an Darlehen.

### Knackpunkt Generalstaatsanwalt

So wichtig die laufenden Angelegenheiten auch waren, die Justizreform war das Hauptthema auf der Agenda. Ein entscheidender Schritt im Kampf gegen Korruption und bei der Untersuchung des Bankbetrugs war die Ernennung eines neuen Generalstaatsanwalts.

Laut Verfassung ist die Ernennung Aufgabe des Präsidenten. Der Vorschlag muss aber vom Rat der Staatsanwälte kommen – einer Institution, der weitgehend misstraut wird. Die Koalition einigte sich darauf, das Gesetz über die Staatsanwaltschaft zu ändern und eine Vorauswahlphase einzuführen, für die das Justizministerium verantwortlich sein soll.

Die Auswahlkommission bestand aus Vertretern beider Seiten der Koalition, der Zivilgesellschaft und einem internationalen Experten. Drei der vier gewählten Kandidaten zählten zu den Favoriten der Justizministerin und alle stimmten mit der Auswahl des am Prozess beteiligten internationalen Experten überein.

Dennoch bezeichnete die Premierministerin den Vorgang als unkorrekt und die Justizministerin kündigte an, die Ergebnisse zu annullieren. Dem folgte ein überraschender Zug am 6. November: Die Regierung änderte das Gesetz über die Staatsanwaltschaft. Die Änderung sah vor, dass die Ministerpräsidentin selbst eine Vorauswahl der Kandidaten trifft, aus welcher der Rat der Staatsanwälte auswählen kann.

Die Sozialisten hielten den Schritt für inakzeptabel, da er gegen den Koalitionsvertrag sowie gegen den Grundsatz eines unpolitischen Kandidaten verstößt. Sie forderten die Regierung auf, ihre Entscheidung zurückzuziehen. Die Premierministerin blieb jedoch bei ihrer Position. Weniger als eine Woche später wurde die Regierung durch ein Misstrauensvotum gestürzt.

### Neues Kabinett – alles Männer des Königs

Am darauffolgenden Tag führte der Präsident Gespräche mit den einzelnen Parteien. Die Sozialisten machten deutlich, dass sie Maia Sandu nicht erneut als Premierministerin akzeptieren würden und beklagten sich über die Verweigerung des ACUM-Blocks, über ein anderes Regierungsformat zu verhandeln.

Die Demokratische Partei zeigte sich hingegen deutlich offener für die Wahl eines neuen Kabinetts. Nach dem Verlust ihres Parteiführers im Juni und den damit einhergehenden Vorgängen hatte ihr Ansehen stark gelitten. Gerade war ein internationaler Haftbefehl gegen Plahotniuc erlassen worden und der Druck auf andere Mitglieder, darunter mehrere Abgeordnete, nahm zu. Darüber

hinaus würde ein Scheitern bei der Bildung einer neuen Regierung zu vorgezogenen Wahlen führen, bei der die Demokraten nur verlieren könnten.

Am Tag darauf ernannten die Sozialisten und die Demokraten die Regierung unter der Leitung von Ion Chicu. Er war bis Juni Finanzminister und später Berater von Präsident Dodon. Insgesamt waren fünf der neuen Kabinettsmitglieder vor ihrer Ernennung Berater des Präsidenten.

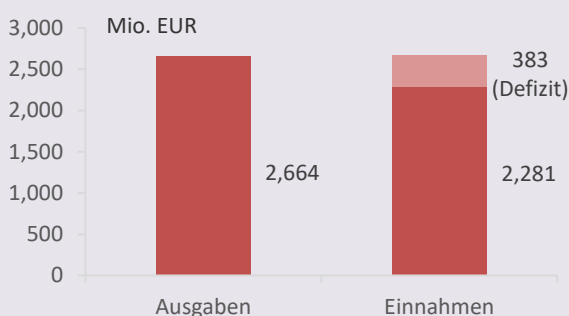
Beide Seiten betonen, dass zwischen ihnen kein Koalitionsverhältnis besteht und es sich um eine Minderheitsregierung der Sozialisten handelt.

### Erste Schritte – schnell und mutig

Der erste wichtige Schritt der neuen Regierung bestand darin, die Liste der Kandidaten für den Generalstaatsanwalt dem Rat der Staatsanwälte zu übergeben. Eine Woche später wurde Alexandr Stoianoglo vorgeschlagen und am darauffolgenden Tag von Präsident Dodon ernannt. Er war bis 2001 Staatsanwalt der autonomen Region Gagausien und zwischen 2009 und 2014 Abgeordneter der Demokratischen Partei. Bei der vom Justizministerium organisierten Vorauswahl war er der höchstplatzierte Kandidat und unter den besten vier aller Ausschussmitglieder, einschließlich der ehemaligen Ministerin.

Der Haushalt für 2020 war das nächste große Thema der neuen Regierung. Angesichts der knappen Zeit wurde er eilig verabschiedet und es ist zu erwarten, dass auch das Parlament zügig seine Zustimmung geben wird. Der Haushalt beinhaltet unter anderem mehrere Sozialprogramme, von denen Präsident Dodon seit Längerem gesprochen hatte, die aber zu einem erheblichen Defizit in Höhe von 3,25% des BIP – basierend auf der Wachstumsprognose der Regierung – führen werden.

### Staatshaushalt für 2020



Quelle: *parlament.md*; Wechselkurs: 1 EUR = 19.35 MDL

Es ist noch nicht klar, wie diese Lücke geschlossen werden soll. Der Premierminister erwähnte die Möglichkeit eines Kredits in Höhe von 500 Mio. USD aus Russland, aber nur wenige glauben, dass dies in absehbarer Zeit oder zu guten Bedingungen für Moldau geschehen kann. Eine weitere Möglichkeit könnte darin bestehen, dass die Regierung ihren ersten Eurobond platziert.

### Ausblick für 2020: Erneute Wahlen

Da den Demokraten vorgezogene Wahlen am meisten schaden würden, werden sie wahrscheinlich an der neuen Regierung festhalten. Dennoch sagten sie, dass sie auch offen für Gespräche mit dem ACUM-Block seien, wenn dieser mehr Verhandlungsbereitschaft zeigen würde. Dies ist allerdings vorerst nicht zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der im kommenden Herbst anstehenden Präsidentschaftswahlen wäre jegliche Zusammenarbeit mit den Demokraten für Maia Sandu zum jetzigen Zeitpunkt riskant und unnötig. Sie verlor 2016 mit geringem Abstand gegen Igor Dodon und wird ihn wahrscheinlich im nächsten Jahr erneut herausfordern, da sie die einzige Politikerin mit einem vergleichbaren Niveau an Glaubwürdigkeit ist: 24% gegenüber 26% für Igor Dodon, so die letzten Umfragen.

Es besteht auch die Möglichkeit, Wahlen in 2020 gänzlich zu vermeiden. Dazu müsste die Verfassung jedoch so geändert werden, dass der Präsident vom Parlament gewählt werden kann. Dies war zwischen 2000 und 2015 Praxis, bis das Verfassungsgericht diese Änderung in einer kontroversen Entscheidung wieder rückgängig machte und der Präsident wieder direkt gewählt wurde. Der ehemalige Präsident, Vladimir Voronin, hat kürzlich genau diese Idee vorgeschlagen, welche auch bei den Partnern der Sozialisten zunehmend an Popularität gewinnt.

### Autor

Andrian Gavrilita, [andrian.gavrilita@mba2016.esmt.org](mailto:andrian.gavrilita@mba2016.esmt.org)

Andrian Gavrilita leitete das Investitionsattraktionsteam des Premierministers und war Stabschef von Premierminister Gaburici.

Hinweis: Für diesen Text ist allein der Autor verantwortlich. Er gibt nicht unbedingt die Meinung von GET Moldau wieder.

### Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Woldemar Walter

[Newsletter bestellen / abbestellen](#)

### German Economic Team Moldau

[www.get-moldau.de](http://www.get-moldau.de)

Das German Economic Team berät die moldauische Regierung seit 2010 zu wirtschaftspolitischen Fragen. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und von Berlin Economics durchgeführt.



BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin  
+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | [info@berlin-economics.com](mailto:info@berlin-economics.com) | [Impressum](#)